



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen von
Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e. V. (AöW)**

1. Die AöW fordert, die Water Resilience Initiative so schnell wie möglich als ersten Schritt zu einer ehrgeizigen Wasserstrategie für Europa umzusetzen. Sie würde einen Rahmen schaffen, der die Risiken verringert und so ausreichend Wasser in der richtigen Qualität zur richtigen Zeit sichert.

Antwort:

CDU und CSU befürworten national und europäisch einen sorgsamem Umgang mit Wasser. Wir unterstützen eine ehrgeizige Wasserstrategie im Sinne der Wasserreinhaltung, des Wasserrückhalts in der Fläche sowie der Klimaanpassung. Wir stehen für den Schutz dieser kostbaren Ressource ein, sie ist das Rückgrat unserer Resilienz.

2. Die AöW fordert einen Rechtsrahmen, der der gemeinwohlorientierten Nutzung der Wasserressourcen in Europa tatsächlich Vorrang vor kommerziellen Interessen einräumt, insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels. Wesentlich ist auch eine daran angepasste nachhaltige Landwirtschaft.

3. Die AöW fordert, dass der EU-Rechtsrahmen für Klimaschutz und Anpassung die Gemeinwohlorientierung der Daseinsvorsorge, die Stärkung der Resilienz und die Klimaziele berücksichtigt. Für die öffentl. Wasserwirtschaft müssen daher Hemmnisse abgebaut und der Rechtsrahmen dem Zeitdruck angepasst werden.

Antwort:



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

Die Fragen 2 und 3 werden gemeinsam beantwortet.

CDU und CSU sehen den Schutz unseres Trinkwassers als höchste Priorität an und wenden uns gegen jede Form der Privatisierung der Trinkwasserversorgung. Gleichmaßen setzen wir uns national wie international im Sinne der Sustainable Development Goals für einen uneingeschränkten Zugang zu Wasser ein. Auf Basis dieser Eckpunkte wollen wir den bestehenden Rechtsrahmen weiterentwickeln und für einen nachhaltigen Umgang mit Wasser im privaten, öffentlichen wie kommerziellen Umfeld werben.

4. Die AöW fordert, dass weitere Gewässerbelastungen vermieden und die Verursachenden rechtlich stärker in die Verantwortung genommen werden. Bei der Zulassung von Produkten müssen die Verträglichkeit mit den Zielen der WRRL intensiv geprüft und die Zulassungsvoraussetzungen verschärft werden.

Antwort:

CDU und CSU stehen zu den Zielen der Wasserrahmenrichtlinie und setzen sich europäisch, national und im Kompetenzbereich der Bundesländer dafür ein, dass die Zielerreichung voranschreitet. Nach dem bald endenden Bewirtschaftungszyklus wollen wir insbesondere für eine Senkung der Bürokratiebelastung eintreten und für eine leichtere und bessere Umsetzbarkeit der Maßnahmen werben. Gleiches gilt für eine bessere Integration von Schutzmaßnahmen in die Bewirtschaftung. Im Sinne der Wasserrahmenrichtlinie setzen wir uns stets für ein Verbesserungsgebot und ein Verschlechterungsverbot ein. Der Schutz des Wassers als grenzüberschreitende Ressource ist dabei unser Leitbild.

5. Die AöW fordert eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips sowie eine Folgenabschätzung hinsichtlich der Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung und Strukturen – wie auf die der öffentlichen Wasserwirtschaft.



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

6. Die AöW befürwortet die Beibehaltung der Regelungen für die Aufgaben der öffentlichen Wasserwirtschaft, um übermäßige Kostensteigerungen zu vermeiden. Eingriffe der EU in die Strukturen der kommunalen Daseinsvorsorge und Organisationshoheit müssen unterbleiben.

8. Der EU-Rechtsrahmen – insbesondere das Vergabe- und Umsatzsteuerrecht – muss weiterentwickelt werden, um Kooperationen in der öffentlichen Wasserwirtschaft zu verbessern und Formen der Interkommunalen Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Antwort:

Die Fragen 5, 6 und 8 werden gemeinsam beantwortet.

CDU und CSU sehen die kommunale Selbstverwaltung als ein hohes Gut an. Im Hinblick auf die Daseinsvorsorge und die Erfahrungen in Deutschland sind wir von dem Konzept der lokalen, regionalen Versorgung durch und mit den Kommunen überzeugt und wollen die gewachsenen Strukturen unterstützen. Auch wenn der Wettbewerb in diesem Bereich und in diesen Zeiten herausfordernd ist, setzen sich im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft diejenigen Versorger durch, die gute Verankerung vor Ort mit einem guten Angebot kombinieren. Im Hinblick auf die neuen Herausforderungen an die Wasserwirtschaft treten wir für die ambitionierte Fortführung des Spurenstoffdialogs ein. Zudem unterstützen wir die interkommunale Zusammenarbeit nach Möglichkeiten des Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz.

7. Die AöW fordert die Umsetzung der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. September 2015 zur „Europäischen Bürgerinitiative zum Recht auf Wasser“ (2014/2239(INI), Ziffer 22) und die Herausnahme der Wasserwirtschaft aus Binnenmarktvorschriften und Freihandelsabkommen.

Antwort:



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

CDU und CSU erkennen an, dass die Wasserpolitik in der gesellschaftlichen Debatte, auch durch die Europäische Bürgerinitiative, priorisiert wurde. Diese Priorisierung ist auch in unseren Augen wichtig und so leiten wir daraus ab, dass ein politisches Handeln über die Umsetzung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie hinausgehen muss und vielmehr die Wasserpolitik als Querschnittsaufgabe gedacht werden muss. Die Rolle der Wasserwirtschaft gilt es im Hinblick auf Wirtschaftsinteressen auch international zu stärken, jedoch nicht zum Spielball internationaler Handelspolitik werden zu lassen.